

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2021

Schreiben vom 29.01.2021 an alle Kandidaten zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

“Baden-Württemberg steht vor der Herausforderung die Energiewende zügig voranzutreiben” - so beginnt die Einleitung zum Themenkomplex in Ihrem Schreiben.

Diese sog. “Energiewende” ist nach unserer Ansicht ein schwerwiegender Fehler, eine Wende ins Nichts (vgl. Hans-Werner Sinn <https://www.ifo.de/node/41489> vom 16.12.2013). Eine von den Befürwortern angestrebte Vollversorgung durch „Erneuerbare Energien“ ist physikalisch unmöglich. Baden-Württemberg muss schon seit Jahren Strom importieren, um die bedarfsgerechte Versorgung von Industrie und Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die Politik der Energiewende führte durch die Subventionen, Umlagen und Abgaben, die >52% ausmachen, zum inzwischen höchsten Strompreis der Welt. Die instabiler werdende Stromversorgung birgt das zunehmende Risiko eines Blackouts mit dramatischen Folgen, die der Deutsche Bundestag bereits 2011 umfassend beschrieben hat.

Fakt stand heute ist, dass die Stromerzeugung aus Wind und Sonne niemals bedarfsgerecht zur Verfügung stehen kann. Großspeichersysteme gibt es nicht, PV deckte mit den ~1900 Sonnen- von 8760 Stunden im Jahr 2020 gerade mal 9% des Strombedarfs. In Deutschland stehen aktuell 54.938 MW installierte WKA-Leistung, wovon jedoch durchschnittlich nur 15% lieferbar sind. Unabhängig von der Anzahl der installierten PV- und WKA-Anlagen – nachts scheint keine Sonne und kein Wind kann keine WKAs antreiben.

Die sog. “Energiewende” ist daher nicht “zügig voranzutreiben”, sondern schnellstmöglich zu beenden und es ist zu einer sicheren, verlässlichen, bedarfsgerechten und bezahlbaren Energieversorgung zurückzukehren.

Unsere Parteilinie steht dem Framing, welches sich durch ihren Vortext und die Fragen zieht fundamental entgegen.

Zur Wasserkraft:

Strom aus Wasserkraft machte 2017 einen Anteil von 7,3% in Baden-Württemberg aus, bundesweit sind es >3%. Auch wenn Strom aus Wasserkraft immerhin grundlastfähig ist und bedarfsgerecht erzeugt werden kann, ist sie gemessen am Gesamtstrombedarf, marginal.

Zu Ihren Fragen:

zu 1. Wie oben kurz erläutert, ist die Energiewende ein Irrweg, den es schnellstens zu verlassen gilt. Es stellt sich daher eher die Finanzierung der Korrekturen und nicht der Fortsetzung. Wir lehnen jede Subventionierung oder gar neue Steuern zur Finanzierung ab. Deutschland hat bereits neben dem weltweit höchsten Strompreis auch die höchste Steuerbelastung. Hier wollen wir dringend gegensteuern. Die deutschen Kern- und Kohlekraftwerke sind die sichersten und saubersten der Welt und sollen nach unserem Willen, solange technisch möglich, weiterbetrieben werden.

Zu 2. Auch hier gilt, obiger Argumentation folgend, das Gegenteil – wir werden uns um die Ausgestaltung der Abwicklung der Energiewende kümmern müssen, in der die von Ihnen genannten Akteure im Rahmen ihrer Möglichkeiten allerdings genauso gefordert sind. Wir streben dabei eine marktwirtschaftliche Lösung an, ohne Subventionen und mit dem Ziel, Bürger und Wirtschaft wieder entlasten zu können.

- Zu 3. Nein, wir wollen nicht auf Erneuerbare Energien umstellen, wir wollen diesen Irrweg abwickeln. Wasserkraft ist bei weitem besser als die Windindustrieanlagen und die Solarpanel. Sie erfüllt die Anforderungen an Grundlastfähigkeit, kann bedarfsgerecht erzeugt werden und kann Teil der marktwirtschaftlichen Lösung sein. Eine ideologische Bevorzugung und Subventionierung auf Basis der Klimaideologie lehnen wir ab.
- Zu 4. In aller Kürze – der Klimawandel ist keine Klimakrise. Klimawandel gab es immer und wird es immer geben. Die Frage, ob und in welchem Umfang menschliches Wirken das Klima beeinflusst, ist unbeantwortet. Daher gibt es für die AfD keine Legitimation, unter der Behauptung einer Klimakrise diese mit Billionen Geldern abwenden zu wollen. Ungeachtet dessen befürworten wir natürlich eine emissionsfreie grundlastfähige Energieerzeugung. Hierfür steht als Technologie neben Wasserkraft derzeit nur Kernenergie zur Verfügung. Eine vollständige Deckung des Energiebedarfs durch Wasserkraft (derzeit >3%) erscheint uns aufgrund der Topologie Deutschlands unrealistisch.
- Zu 5. Wie bereits ausgeführt, wollen wir die Energiewende rückabwickeln. Der Zubau von weiteren "erneuerbaren Energien" ist daher nicht anzustreben. Ungeachtet dessen würden wir den Bau von Wasserkraftwerken positiv bewerten, sofern geografisch noch möglich und betriebswirtschaftlich ohne Subventionen betreibbar.
- Zu 6. Generell streben wir den Abbau von Subventionen an. Wasserkraftwerke müssen sich, wie jedes andere Unternehmen auch, betriebswirtschaftlich selbst tragen. Sofern sie per gesetzlicher Regelung oder auf Grund der Sache und baulichen Gelegenheiten infrastrukturelle oder Aufgaben der Allgemeinheit wie Hochwasserschutz, Sicherung des Grundwasserhaushalt oder der Entmüllung der Gewässer mit übernehmen, sind diese von der Energiegewinnung unabhängigen Aufgaben vom Land bzw. Staat aus Steuergeldern zu entlohnen.
- Zu 7. Ganz allgemein sehen wir bereits eine völlig ausgewucherte Bürokratie und eine viel zu hohe Staatsquote. Behörden und die öffentliche Verwaltung sind daher eher zu entlasten, als mit neuen weiteren Aufgaben zu betrauen. Die angesprochene Aufgabe, Gewässer für die Energiegewinnung zu identifizieren und ggf. zu erschließen, sehen wir daher in der Privatwirtschaft.
- Zu 8. Ergänzend zu 7. gilt, unabhängig von diesem Themengebiet, dass viele Genehmigungsprozesse der öffentlichen Hand viel zu lange dauern. Erschwerend kommt das Verbandsklagerecht hinzu, wodurch Verfahren oft durch gerichtliche Auseinandersetzungen jahrelang in die Länge gezogen werden. Wir fordern daher, Verwaltungsvorschriften und Gesetze hinsichtlich Sinn, Kosten und Nutzen auf den Prüfstand zu stellen und ggf. ersatzlos abzuschaffen. Unter Mitwirkung aller relevanten Stellen und der Wirtschaftsverbände ist eine zentrale Informations- und Ausführungsplattform („One Stop Agency“) als zentrale Anlaufstelle für alle behördlichen Interaktionen zu schaffen. Mitgliedschaften in Kammern, Verbänden und anderen Berufsstandorganisationen müssen grundsätzlich freiwillig sein.

Weitere Informationen und detaillierte Vorhaben im Themenfeld Klima, Energie sowie Wirtschaft finden Sie in unserem Landtagswahlprogramm 2021

https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2021_a4.pdf